



Nr. 9

7. März 2025

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

Einkommensrunde Bund und Kommunen

### [Warnstreiks im öffentlichen Dienst fortgesetzt](#)

Internationaler Frauentag

### [Bilanz statt Blumen: Wo stehen wir bei der Gleichstellung?](#)

dbb frauen

### [ifo-Präsident stellt Elterngeld in Frage – Kreuz: „an Absurdität kaum zu überbieten“](#)

dbb frauen

### [Vierter Gleichstellungsbericht: Frauen bei Mobilität, Wohnen und Stadtentwicklung mitdenken](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Brandenburg

### [dbb will sich gegen Änderungen am Versorgungsfonds wehren](#)

Sachsen-Anhalt

### [Beamtinnen und Beamte „fliehen in den Ruhestand“](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

### [Stopp des Bundesaufnahmeprogramms der Bundesregierung gefordert](#)

Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM)

### [Kritik am Stellenabbau bei der Deutschen Post](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

### [Sondervermögen für Infrastruktur begrüßt](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

---

## Einkommensrunde Bund und Kommunen Warnstreiks im öffentlichen Dienst fortgesetzt

### Die Beschäftigten von Bund und Kommunen haben auch in dieser Woche bundesweit mit Warnstreiks den Druck auf die Arbeitgebenden erhöht.

In Berlin haben Mitglieder des VBOB am 3. März 2025 vor der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes für höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen demonstriert. dbb Verhandlungsführer Volker Geyer unterstrich, dass gerechte Einkommenserhöhungen gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit und geopolitischer Spannungen nicht nur legitim, sondern dringend erforderlich sind. „Unsere Kolleginnen und Kollegen leisten in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes unverzichtbare Arbeit für die Gesellschaft und deren Schutz. Wer erwartet, dass diese tragenden Säulen des Gemeinwohls stabil bleiben, muss für eine faire und ausgleichende Entlohnung sorgen.“ Die Inflationsraten der vergangenen Jahre hätten die realen Einkommen sinken lassen. „Steigende Mieten, Energiekosten und Lebensmittelpreise belasten alle Kolleginnen und Kollegen. Ohne angemessene Anpassungen verlieren sie weiter an Kaufkraft“, so Geyer.

Zudem stehe der öffentliche Dienst vor massiven Personalproblemen: „Nachwachskräfte sind schwer zu gewinnen, Fachkräfte wandern in die besser zahlende Privatwirtschaft ab. Ohne wettbewerbsfähige Löhne droht ein schleichender Funktionsverlust zentraler staatlicher Aufgaben. In Krisenzeiten zeigt sich, wie unverzichtbar eine funktionierende Infrastruktur ist. Aufrechterhalten und weiterentwickelt werden kann sie nur mit motivierten und fair entlohnten Beschäftigten.“ Es sei unverständlich, warum die Arbeitgeberseite bislang kein Angebot vorgelegt habe. „Es geht uns nicht nur um soziale Gerechtigkeit, sondern ebenso um weitsichtige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Entscheidungen. Wer den öffentlichen Dienst schwächt, schwächt das ganze Land. Dagegen protestieren wir und setzen ein Signal für gerechte Löhne und ein starkes Gemeinwesen.“

In Hannover machten am 4. März 2025 über 1.200 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ihrem Frust über die Haltung der Arbeitgebenden Luft. Hier kritisierte Geyer, dass die Arbeitgebenden bei der zweiten Verhandlungsrunde im Februar kein Angebot vorgelegt hatten. „Stattdessen durften wir uns wieder anhören, dass die Kassen leer seien, die Haushaltslage

angespannt sei und unsere Forderungen die Kommunen überlasten. Diese Argumente kommen in jeder Tarifrunde und langsam können wir die alte Leier nicht mehr hören.“ Dafür schreiben sich die Arbeitgebenden jedes Mal mehr Wertschätzung für den öffentlichen Dienst auf die Fahne. „Leider ist Wertschätzung kein anerkanntes Zahlungsmittel in Deutschland. Und deshalb werden wir weiter laut sein, bis die Wertschätzung auch in den Geldbeuteln der Beschäftigten ankommt“, betonte Geyer.

Die Kundgebung auf dem hannoverischen Kröpcke startete symbolisch um fünf vor Zwölf. Damit wollten die Beschäftigten auf ihre prekäre Situation aufmerksam machen, erklärte Alexander Zimbehl, Landesvorsitzender des dbb niedersachsen: „Die Beschäftigten haben große Schwierigkeiten, die immer größer werdende Aufgabenlast zu bewältigen. Gleichzeitig tickt die Uhr des demografischen Wandels: In den nächsten zehn Jahren wird ein Viertel der Beschäftigten altersbedingt aus dem Dienst ausscheiden. Die Politik muss diese Schieflage bestehend aus mehr Arbeit bei weniger Personal unverzüglich beheben.“ Ebenfalls am 4. März 2025 bestreikten etwa 150 Mitglieder des vbob das Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg. Stephan Schlereth, Mitglied der Fachgruppe Kraftfahrt-Bundesamt, wies dort auf die Auswirkungen schlechter Tarifabschlüsse und den Arbeitsbedingungen auf die Beschäftigten des Kraftfahrt-Bundesamtes hin.

Am 5. März 2025 sind etwa 400 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Hamburg auf die Straße gegangen, um ihre Forderungen in den laufenden Tarifrunden zu unterstreichen. Thomas Treff, Landesvorsitzender des dbb hamburg, erklärte, dass die Forderungen in den Tarifverhandlungen mehr als gerechtfertigt sind, um die Belastungen der Kolleginnen und Kollegen angemessen zu berücksichtigen und um attraktiv auf der Suche nach neuem Personal zu sein. Daher braucht es endlich einen akzeptablen Tarifabschluss. Auch eine Hamburger Dienstleistungszulage sollte nach dem Berliner Modell für alle Beschäftigten und Beamtinnen und Beamten in Hamburg eingeführt

---

werden. Zudem lobte er die Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen wies daraufhin, dass der dbb hamburg so lange Unterstützung leisten werde, wie es notwendig ist. Rene Müller, Bundesvorsitzender Bund Deutscher Strafvollzugsbediensteter, erläuterte die große körperliche und physische Belastung im Strafvollzug. Er betonte, dass die Hamburger Dienstleistungszulage an alle Kolleginnen und Kollegen der Freien und Hansestadt Hamburg ausbezahlt werden soll.

Am 6. März 2025 demonstrierten fast 3.000 Beschäftigte in Kiel gegen die Blockadehaltung der Arbeitgebenden. dbb-Vize Andreas Hemming betonte auf der Kundgebung: „Die Arbeitgebenden wollen einen leistungsstarken öffentlichen Dienst, aber sie wollen kein Geld dafür ausgeben.“ Dabei brauche der Staatsdienst diese Investitionen dringend. „Nur mit attraktiven Einkommen und Arbeitsbedingungen, können wir Bestandskräfte halten und Interessierte für uns gewinnen“, so der dbb Vize.

Matthäus Fandrejewski, Bundesvorsitzender der dbb jugend machte deutlich: „Der öffentliche Dienst darf bei der Berufswahl für Jugendliche nicht zur zweiten Wahl hinter der Privatwirtschaft werden. Wir bieten sinnstiftende und erfüllende Arbeit. Die Arbeitgebenden müssen jetzt dafür sorgen, dass diese Leistung auch entsprechend bezahlt wird.“

Der Landesbundvorsitzende des dbb schleswig-holstein, Kai Tellkamp, erwartet in der dritten Verhandlungsrunde von Bund und VKA die Aufgabe ihrer bisherigen Blockadehaltung: „Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auf den öffentlichen Dienst verlassen können. Das funktioniert aber nur, wenn sich die Beschäftigten auf Entlastung und faire Einkommen verlassen können.“

Am gleichen Tag haben sich sächsische Kommunalbeschäftigte und Beschäftigte der Autobahn GmbH des Bundes in Dresden lautstark für höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen eingesetzt.

„Der Fachkräftemangel, die demografische Entwicklung, eine ständig wuchernde Aufgabenfülle – die Beschäftigten des öffentlichen Diensts arbeiten in der aktuellen politischen Lage am Limit – in Sachsen wie überall in Deutschland! Wenn die Arbeitsbelastung steigt, müssen die Einkommen mit rauf!“, rief Hermann-Josef Siebigtheroth, Stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission.

Am 7. März 2025 protestierten mehrere hundert Betroffene in Freiburg. Der dbb Landesbund in Baden-Württemberg warnte vor den Folgen ausbleibender Investitionen in den öffentlichen Dienst, gerade für die Städte und Gemeinden. Der Vorsitzende des BBW Kai Rosenberger sagte: „In den Kommunen scheiden bundesweit in den nächsten zehn Jahren über 520.000 Beschäftigte altersbedingt aus. Das sind mehr als 30 Prozent des Personals. Gerade vor Ort in den Kommunen, wo es um die alltäglichen Belange der Bürgerinnen und Bürger geht, können wir uns ein Ausbluten des öffentlichen Dienstes aber nicht leisten. Wir erwarten von der Präsidentin der kommunalen Arbeitgeberverbände Karin Welge und Bundesinnenministerin Nancy Faeser deshalb endlich Vorschläge für substanzielle Lösungen.“

Bei der Kundgebung sagte Thomas Zeth, stv. Vorsitzender dbb Bundestarifkommission: „Das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates ist auf einem Tiefpunkt. Ohne den öffentlichen Dienst wird aber keine der anstehenden Aufgaben etwa im Bereich der Infrastruktur, der inneren und äußeren Sicherheit, der Bildung oder der Gesundheit zu lösen sein. Deshalb muss jetzt dringender denn je investiert werden: Um die vorhandenen Fachkräfte zu halten und Nachwuchskräfte zu gewinnen. Dafür brauchen wir nicht nur höhere Einkommen – ein Volumen von 8 Prozent, mindestens 350 Euro mehr –, sondern auch mehr Entlastung durch zusätzliche freie Tage und mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit.“

Am 7. März 2025 sagte Sandra van Heemskerck, Vorsitzende der komba gewerkschaft nrw, in Duisburg vor Demonstrierenden: „Ohne den öffentlichen Dienst würde es in Deutschland düster aussehen. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst halten den Laden am Laufen. Mit Blick auf den Weltfrauentag stehen attraktive Arbeitsbedingungen für Frauen für uns heute im Fokus. Dies beginnt bei der Bezahlung, einer flexibleren Arbeitszeitgestaltung und Überstundenzuschläge für Teilzeitbeschäftigte bereits bei Überschreitung der individuell vereinbarten wöchentlichen Arbeitszeit. Gerade das Thema Teilzeit betrifft immer noch insbesondere Frauen. Deshalb erwarten wir in der dritten Verhandlungsrunde endlich ein faires Angebot der Arbeitgebenden, das Wertschätzung für die Arbeit der Beschäftigten zum Ausdruck bringt!“

Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, thematisierte in Duisburg den Fachkräftemangel. „Der öffentliche Dienst steht in direkter Konkurrenz zur freien Wirtschaft“, sagte er. „Wenn der Staat nicht liefert, rennen

uns die Leute weg. Und das wäre angesichts der ohnehin schwierigen Personalsituation fatal. Wer gute Leute will, muss auch gut bezahlen!“

## Internationaler Frauentag

### **Bilanz statt Blumen: Wo stehen wir bei der Gleichstellung?**

**Über die Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind Frauen. Dennoch ist trotz einiger Erfolge in Sachen Gleichstellung noch Luft nach oben.**

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach betonte am 7. März 2025 zum bevorstehenden Weltfrauentag: „Der Internationale Frauentag ist kein Tag für Blumen, sondern für Bilanzen. Es ist der Tag, an dem wir uns fragen müssen: Wo stehen wir wirklich bei der Gleichstellung – und was muss endlich passieren? Gleichstellung ist kein Frauenthema, sondern für die gesamte Gesellschaft.“ Es sei auch kein Thema für einen einzelnen Tag, sondern ein kontinuierlicher Einsatz. Silberbach weiter: „Es ist eine Frage von Gerechtigkeit und Vernunft. Sie betrifft uns alle – besonders im öffentlichen Dienst. Frauen stellen zwar die Mehrheit der Beschäftigten, sind aber in Führungspositionen weiterhin deutlich unterrepräsentiert.“ Das verhindere nicht nur ihre individuelle Selbstbestimmung, sondern schwäche auch die gesamte Wirtschaft.

Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende, appellierte: „Der Internationale Frauentag ist mehr als ein Symbol – er ist ein Auftrag. Wir rufen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf, konkrete Maßnahmen zur Gleichstellung umzusetzen. Denn nur mit Frauen können wir die Zukunft gerecht gestalten.“ Bereits 1995 hatte sich Helga Schulz als

Vertreterin der dbb frauen auf der UN-Frauenrechtskommission für Frauenrechte eingesetzt. Auch dieses Jahr sind die dbb frauen vertreten durch Milanie Kreutz bei der Kommission vor Ort. Kreutz betonte in New York: „Wir blicken dieses Jahr zurück auf 30 Jahre Pekinger Aktionsplattform – das ist eine Generation. Gleichstellung darf aber keine Generationenaufgabe bleiben, sondern muss endlich Realität werden.“

Frauen an der Krisenbewältigung beteiligen Gerade in der turbulenten Zeit, in der wir leben, sei für Kreutz klar: „Krisen sind nicht zu bewältigen, wenn Frauen an der Transformation nicht beteiligt sind.“ Das betreffe zum einen den Klimawandel, unter dessen Auswirkungen Frauen und andere benachteiligte Gruppen überproportional leiden. Zum anderen bringe die digitale Transformation durch New Work eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Frauen dürfen aber nicht in die Homeoffice-Falle geraten. Ebenfalls als globale Krise sah Kreutz die Gewalt gegen Frauen: „Das ist kein Randproblem. Es reicht nicht, Betroffene zu schützen – wir müssen gesellschaftliche Strukturen verändern, Täter konsequent zur Verantwortung ziehen und Prävention zur politischen Priorität machen.“

dbb frauen

### **ifo-Präsident stellt Elterngeld in Frage – Kreutz: „an Absurdität kaum zu überbieten“**

**Die dbb frauen lehnen die jüngste Forderung des ifo-Präsidenten Clemens Fuest, das Elterngeld vollständig zu streichen, entschieden ab.**

Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stv. dbb Bundesvorsitzende, hob am 4. März 2025 die Bedeutung

des Elterngelds hervor: „Das Elterngeld ist keine entbehrliche Sozialleistung, sondern ein

zentrales Instrument zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bereits die letzten Kürzungen bei den Einkommensbemessungsgrenzen haben vor allem Frauen getroffen. Eine komplette Streichung wäre ein massiver Rückschritt für die Gleichstellung und würde insbesondere Mütter noch stärker in traditionelle Rollen drängen.“

Zudem ermöglicht das Elterngeld Frauen, nach der Geburt eines Kindes schneller und besser in den Beruf zurückzukehren, anstatt langfristig aus dem Arbeitsmarkt auszusteigen. „Wer das Elterngeld streicht, gefährdet nicht nur die finanzielle Sicherheit junger Familien, sondern schwächt auch die gesamte Volkswirtschaft“, erklärte Kreutz. „Frauen brauchen nicht noch mehr Hürden. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist es kontraproduktiv, ihnen den Wiedereinstieg in den Beruf zu erschweren und damit wertvolles Potenzial brachliegen zu lassen.“ Das Elterngeld trägt zudem maßgeblich dazu bei, dass sich Väter stärker an der Familienarbeit beteiligen. Die Streichung würde die Bemühungen um eine partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit konterkarieren.

Fehlende Vereinbarkeit von Kind und Karriere verschärft Krisen

Das ifo-Institut selbst warnte vor wenigen Monaten noch vor den dramatischen Folgen eines Geburtenrückgangs und führte ihn auf wirtschaftliche Unsicherheiten zurück. Kreutz kritisierte diese Doppelmoral: „Jetzt fordert das ifo-Institut, eine der wenigen Maßnahmen, die Familien Sicherheit gibt, zu streichen. Das ist an Absurdität kaum zu überbieten. Wer Frauen die Möglichkeit nimmt, Kinder und Karriere zu vereinbaren, verschärft die demografische Krise und gefährdet langfristig unsere Wirtschaftskraft. Denn – und das sagt das ifo-Insti-

tut selbst – Inflation, Krisen und Zukunftsängste führen bereits jetzt dazu, dass junge Familien ihren Kinderwunsch aufschieben.“

Kreutz weiter: „Gleichstellung ist kein ‚Nice-to-have‘, sondern eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Notwendigkeit. Wer das Elterngeld infrage stellt, steuert sehenden Auges auf gesellschaftliche Zustände wie in den USA zu, wo fehlende soziale Absicherung Frauen vor die Wahl stellt: Karriere oder Kind.“ Ohne finanzielle Unterstützung nach der Geburt steigen Mütter seltener wieder in den Beruf ein, geraten in wirtschaftliche Abhängigkeit oder müssen unter prekären Bedingungen arbeiten. „Das Elterngeld gehört nicht infrage gestellt, sondern erhöht und damit an die Realität moderner Arbeits- und Lebenswelten angepasst“, stellte die dbb frauen Chefin klar.

Kosten: Ehegattensplitting stellt Elterngeld in den Schatten

Das Elterngeld kostet den Staat als gleichstellungsfördernde Leistung zwar etwa 7,8 Mrd. Euro im Jahr, diese Summe wird aber von dem Verlust durch das Ehegattensplitting als gleichstellungshemmende Steuerpolitik mit ca. 15 Mrd. Euro im Jahr in den Schatten gestellt. Milanie Kreutz kommt aus der Finanzverwaltung und weiß, wovon sie spricht: „Es ist irrsinnig, dass eine gleichstellungsfördernde Leistung wie das Elterngeld als Einsparpotenzial gilt, während mit dem Ehegattensplitting jedes Jahr das Doppelte an Steuergeldern in ein überholtes Modell fließt, das traditionelle Rollenbilder zementiert.“ Wer wirklich sparen will, müsse genau andersherum handeln: Familien unterstützen, anstatt überholte Steuerprivilegien aufrechtzuerhalten. „Und wer jetzt sagt, die Gewerkschaften würden immer nur Forderungen stellen, dem sei gesagt: Wir fordern nicht nur, wir denken langfristig und wirtschaftlich.“

dbb frauen

## **Vierter Gleichstellungsbericht: Frauen bei Mobilität, Wohnen und Stadtentwicklung mitdenken**

**Gutachten zum Vierten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zeigt: Frauen und andere benachteiligte Gruppen leiden überproportional unter den Auswirkungen des Klimawandels.**

„Wenn wir über Klimapolitik sprechen, dürfen wir nicht vergessen, dass Frauen die Lasten tragen, aber zu selten an den Entscheidungen beteiligt sind. Das muss sich ändern!“, betonte dbb frauen Chefin und dbb Vize Milanie Kreutz

am 5. März 2025. „Gleichzeitig profitieren sie bislang kaum von klimapolitischen Fördermaßnahmen, die oft technikzentriert und auf männerdominierte Branchen ausgerichtet sind.“ Die dbb bundesfrauenvertretung fordert daher,

dass Gleichstellung als Querschnittsthema in Umwelt-, Energie- und Klimapolitik systematisch verankert wird. Notwendig sind verbindliche Mechanismen wie geschlechterdifferenzierte Folgenabschätzungen und Gender Budgeting.

Kreutz weiter: „Ob Mobilität, Wohnen oder Stadtentwicklung: Wenn Frauen nicht mitgedacht werden, bleibt der Fortschritt auf halber Strecke stehen. Wenn der öffentliche Nahverkehr ausgedünnt wird, sind es oft Frauen, die aufwendigere und teurere Wege zur Arbeit oder zur Kita auf sich nehmen müssen. Wenn in Städten Wohnraum unbezahlbar wird, sind es vor allem alleinerziehende Mütter, die verdrängt werden. Eine zukunftsfähige Stadt- und Verkehrsplanung muss all diese Realitäten berücksichtigen – sonst bleibt die Transformation ein Privileg“, erklärte Kreutz. Die dbb frauen unterstützen daher Konzepte für eine genderechte Stadt- und Verkehrsplanung.

Das Gutachten macht deutlich, dass die deutsche Klimapolitik Auswirkungen auf den Globa-

len Süden hat – auch in geschlechtsspezifischer Hinsicht. Deutschland muss seiner internationalen Verantwortung gerecht werden und sicherstellen, dass Maßnahmen nicht zu neuen sozialen und geschlechterbezogenen Ungleichheiten führen. „Gerechtigkeit endet nicht an Landesgrenzen – eine nachhaltige Zukunft muss überall fair sein, sonst ist sie keine Zukunft! Deshalb fliege ich als Teil der Regierungsdelegation Deutschlands zur 69. Sitzung der UN-Frauenrechtskommission nach New York, um die Stimme der Frauen im öffentlichen Dienst und darüber hinaus zu stärken“, kündigte die dbb frauen Chefin an. „Wir werden dort dafür eintreten, dass Geschlechtergerechtigkeit ein zentraler Bestandteil globaler Klimapolitik wird, dass Frauen weltweit gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen, Bildung und Entscheidungsprozessen erhalten. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass soziale Sicherheitssysteme so gestaltet werden, dass sie Frauen in der sozial-ökologischen Transformation nicht benachteiligen, sondern stärken. Denn nur wenn wir Gleichstellung international denken, können wir nachhaltige Lösungen für alle schaffen.“

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

Brandenburg

### **dbb will sich gegen Änderungen am Versorgungsfonds wehren**

**Der dbb brandenburg lehnt eine Aufhebung und Änderung des Brandenburgischen Versorgungsfondsgesetz entschieden ab.**

Das Gesetz zur Errichtung eines Versorgungsfonds des Landes Brandenburg wurde im Jahr 2008 für die Beamtinnen, Beamten, die Richterinnen und Richter sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes Brandenburg geschaffen, um die Versorgungsaufwendungen mit einem Sondervermögen abzusichern und gravierende Haushaltslücken in der Zukunft zu vermeiden. Eine Verwendung für andere Zwecke ist in dem Gesetz ausgeschlossen.

Laut Medienberichten plant das Land nun dennoch Entnahmen aus diesem Sondervermögen für andere Zwecke. Der dbb brandenburg lehnt das strikt ab und will sich gegebenenfalls im weiteren Gesetzgebungsverfahren dagegen wehren. Durch derartige Tabubrüche zerstöre das Land das Vertrauen seiner Beamtinnen und Beamten. Beim Landesbund geht man davon aus, dass bei derart weitreichenden Änderungen die gesetzlich geregelten Beteiligungsrechte vom Finanzminister eingehalten werden.

---

## Sachsen-Anhalt Beamtinnen und Beamte „fliehen in den Ruhestand“

**In den letzten Jahren hat sich ein besorgniserregender Trend abgezeichnet: Immer mehr Beamte in Sachsen-Anhalt entscheiden sich für einen vorzeitigen Ruhestand. Ulrich Stock, Landeschef des dbb sachsen-anhalt, sieht diese Entwicklung mit großer Sorge und fordert dringende Maßnahmen, um dem entgegenzuwirken.**

Laut dem dbb sachsen-anhalt gibt es mehrere Gründe, warum Beamte und Arbeitnehmer vermehrt den vorzeitigen Ruhestand anstreben. Einer der Hauptgründe ist die zunehmende Arbeitsbelastung. „Viele Beschäftigte fühlen sich überfordert und ausgebrannt, was zu gesundheitlichen Problemen führen kann. Die Arbeitsbedingungen haben sich in den letzten Jahren verschlechtert, und die Anforderungen an die Beamten und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst sind gestiegen“, gab Stock in dem Interview mit der Volksstimme (Ausgabe vom 4. März 2025) zu bedenken.

Ein weiterer Grund sei die mangelnde Wertschätzung und Anerkennung der Arbeit der Beschäftigten. „Viele fühlen sich von der Politik und der Gesellschaft nicht ausreichend unterstützt und respektiert. Dies führt zu Frustration und dem Wunsch, sich frühzeitig aus dem Berufsleben zurückzuziehen“, betont Stock.

Der vorzeitige Ruhestandseintritt oder Renteneintritt von Beschäftigten habe erhebliche Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst in Sachsen-Anhalt. Stock warnte davor, dass die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen darunter leiden könnte. Es fehle an erfahrenen Arbeitskräften, die die Aufgaben übernehmen können. Dies führe zu einer Überlastung der verbleibenden Mitarbeiter und einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Zudem werde es immer schwieriger, junge Menschen für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. „Die negativen Berichte über die Arbeitsbedingungen und die hohe Zahl der vor-

zeitigen Ruhestände schrecken potenzielle Bewerber ab“, äußerte Stock. Der dbb sachsen-anhalt fordert daher eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine stärkere Wertschätzung der Arbeit der Beschäftigten.

Um dem Trend des vorzeitigen Ruhestands entgegenzuwirken, fordere dbb sachsen-anhalt eine Reduzierung der Arbeitsbelastung durch eine bessere Personalausstattung und eine gerechtere Verteilung der Aufgaben. „Wir brauchen endlich Entlastung durch Digitalisierung, Abbau von überbordender Bürokratie und anwendungsfreundlicher Software“, so Stock.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Gesundheitsförderung. „Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Gesundheit der Beamten zu schützen und zu fördern“, sagt Stock. Dazu gehören regelmäßige Gesundheitschecks, Stressbewältigungsprogramme und eine bessere Unterstützung bei gesundheitlichen Problemen, welche auch im Rahmen der Beihilfe erstattet werden. Prävention ist bei gesetzlichen Kassen schon angekommen, obwohl auch dort noch Luft nach oben ist.

„Der vorzeitige Ruhestand von Beamten in Sachsen-Anhalt ist ein ernstes Problem, das dringend angegangen werden muss. Es müssen schnellstens Maßnahmen seitens der Politik ergriffen werden, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Wertschätzung der Arbeit der Beschäftigten zu erhöhen. Nur so kann der öffentliche Dienst in Sachsen-Anhalt langfristig gesichert und die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen gewährleistet werden“, betonte Stock.

---

## Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Stopp des Bundesaufnahmeprogramms der Bundesregierung gefordert

**Die DPoIG hat am 4. März 2025 einen Brandbrief an Bundeskanzler Olaf Scholz gesendet. In dem Schreiben fordert der Bundesvorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Heiko Teggatz die sofortige Aussetzung des Bundesaufnahmeprogramms.**

Hintergrund dieser Forderung war ein für den 5. März 2025 geplanter Charterflug von Islamabad nach Berlin, auf dem sich laut Medienberichten lediglich drei ehemalige Ortskräfte aus Afghanistan befunden haben sollen. Teggatz, der auch dbb-Vize ist, wies darauf hin, dass es seit Beginn des Programms mehrfach zu Unstimmigkeiten bei der Identitätsprüfung der Passagiere gekommen sei. Besonders besorgniserregend sei die Tatsache, dass afghanische Staatsangehörige häufig gefälschte oder verfälschte Dokumente vorlegen, um die notwendigen Reisedokumente zu erhalten. „Die derzeitige Verfahrensweise, bei der trotz nicht zweifelsfrei festgestellter Identität Reiseausweise für Ausländer ausgestellt werden, ist hochriskant und unverantwortlich“, so Teggatz. „Vor dem Hintergrund der derzeit höchst angespannten Sicherheitslage in Bezug auf den islamistischen Terrorismus halte ich eine solche Verfahrensweise für nicht tragbar.“

Die Auswahl der Personen, die in das Bundesaufnahmeprogramm aufgenommen werden, erfolgt durch nichtstaatliche Organisationen (NGOs) in Afghanistan und Pakistan. Dies hat laut Teggatz zu mehrfachen Unstimmigkeiten

bei der Klärung der Identitäten der Passagiere geführt. Es sei bekannt, dass afghanische Staatsangehörige gefälschte oder verfälschte Dokumente, wie Geburts- oder Heiratsurkunden, bei der Deutschen Botschaft in Islamabad vorlegen, um die notwendigen Reisedokumente zu erhalten. Auch sogenannte Proxy-Pässe, die von den Taliban ausgestellt werden und international keine Anerkennung finden, würden als Reisedokumente benutzt. „Zwar ziehen die Mitarbeiter der Botschaft gefälschte Dokumente ein. Personen, die gefälschte oder verfälschte Dokumente vorlegen, werden jedoch nicht zwingend vom Flug ausgeschlossen. Im Gegenteil: Trotz nicht zweifelsfrei festgestellter Identität stellen die Behörden auf Grundlage einer ‚alternativen Glaubhaftmachung‘ Reiseausweise für Ausländer (RAfA) aus und versehen diese mit dem erforderlichen Visum“, erklärt Teggatz weiter. Angesichts dieser Umstände fordert die DPoIG den Bundeskanzler auf, von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen und die Umsetzung des Bundesaufnahmeprogramms bis auf weiteres auszusetzen.

## Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) Kritik am Stellenabbau bei der Deutschen Post

**„Die heutige Ankündigung der Deutschen Post, im Unternehmensbereich Post & Paket Deutschland in diesem Jahr rund 8.000 Stellen abbauen zu wollen, ist ein Schlag ins Gesicht aller Beschäftigten in diesem Bereich und wird den ohnehin vorhandenen Personalmangel in der Zustellung nochmals verschärfen“, kritisiert die DPVKOM-Bundesvorsitzende Christina Dahlhaus am 6. März 2025 den geplanten Kahlschlag beim Personal.**

Dahlhaus weiter: „Der Vorstand der Deutschen Post ist auf dem besten Weg, das Deutschland-Geschäft des Unternehmens vor die Wand zu fahren. Durch diesen Stellenabbau nehmen die Arbeitsbelastung und -verdichtung der vorhandenen Mitarbeitenden in der Zustellung und in den Brief- und Paketzentren weiter zu. Die Beschäftigten arbeiten jetzt schon am Limit und oft darüber hinaus. Wenn der Bereich der Zustellung nicht komplett zusammenbrechen soll, brauchen wir mehr, nicht weniger

Personal.“ So haben bereits im vergangenen Jahr rund 24.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Unternehmen aus eigenen Stücken verlassen, weil sie unter den gegebenen Arbeitsbedingungen nicht mehr arbeiten wollen oder können. Nun sollen noch einmal 8.000 Arbeitsstellen abgebaut werden, nach Auskunft der Post sozialverträglich. „Man kann einen Unternehmensbereich auch kaputtsparen“, so Dahlhaus.

---



Dabei zeigen die heute vorgelegten Geschäftszahlen für das Jahr 2024, dass es dem Unternehmen nach wie vor gut geht. Der Konzern hat nach eigenen Angaben ein Umsatzplus von 3,0 Prozent auf 84,2 Milliarden Euro und ein operatives Ergebnis (EBIT) von 5,9 Milliarden Euro erzielt. Davon sollen die Aktionäre mit einer stabilen Dividende in Höhe von 1,85 Euro pro Aktie profitieren. An die Anteilseigner

würde dann insgesamt eine Summe von 2,1 Milliarden Euro ausgeschüttet. Die vor zwei Tagen erzielte Tarifvereinbarung sieht hingegen zusätzliche Personalkosten bis Ende 2026 von nur rund 360 Millionen Euro vor. Dahlhaus: „Vor diesem Hintergrund finde ich es schäbig vom Postvorstand, die steigenden Lohnkosten als eine wesentliche Begründung für den Stellenabbau heranzuziehen.“

## Deutscher Philologenverband (DPhV) Sondervermögen für Infrastruktur begrüßt

**Der DPhV begrüßt die Einigung von Union und SPD auf ein Sondervermögen von 500 Milliarden Euro zur Stärkung der Infrastruktur in Deutschland, fordert jedoch nachdrücklich, einen substanzialen Teil dieser Mittel zweckgebunden für Bildung einzusetzen.**

Es sei unerlässlich, jetzt massiv in Bildung und Wissenschaft zu investieren, um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu sichern. „Dies ist eine historische Chance“, erklärt Susanne Lin-Klitzing, Bundesvorsitzende des DPhV. „Bildung ist unser wichtigstes Gut. Wir haben kein Öl wie Saudi-Arabien, kein Gas wie Russland, wir sind nicht China und nicht Indien. Wenn wir in der Welt der Zukunft bestehen wollen, brauchen wir Menschen mit klugen Ideen. Diese müssen wir exzellent fördern und fordern – und dafür brauchen wir neben guten Konzepten jetzt das in Aussicht gestellte Sondervermögen!“

Die Bildungseinrichtungen in Deutschland stehen vor massiven Herausforderungen: Der kommunale Investitionsstau in Schulgebäuden beläuft sich auf rund 55 Milliarden Euro, bei Kindertagesstätten auf weitere 13 Milliarden Euro. Eine umfassende Sanierung und Modernisierung der Bildungseinrichtungen sei unumgänglich. „Jetzt ist der Zeitpunkt, um die Bildungsinfrastruktur umfassend zu erneuern und zukunftsfähig zu machen“, so Lin-Klitzing weiter. „Dazu gehört konzeptionell auch eine Verbesserung des Verhältnisses der inneren und äußeren Schulfinanzierung, so dass Bundesgelder endlich auch direkt in Schulen in benachteiligten Kommunen fließen können. Schulbau und Digitalisierung sind hier die ausbaufähigen Kooperationsprojekte, die Schülerinnen und Schüler und ihren Lehrkräften zugutekämen! Denn der Politik ist bewusst, dass ein solches Sondervermögen sehr, sehr wichtig ist, aber das Geld allein nicht alle Herausforderungen im Bildungsbereich lösen wird.“

Die größte Baustelle bleibt das Problem der strukturell so unterschiedlichen Schulfinanzierung durch Bund, Länder und Kommunen, die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zementiert. Hier muss die Politik an nachhaltigen Lösungen arbeiten.“

Dank des Sondervermögens könne nun auch der Weg für einen klugen Digitalpakt 2.0 endgültig frei gemacht werden. „Denn er wurde ja geschrumpft – jetzt besteht die Möglichkeit, den Digitalpakt so auszubauen, dass u.a. die Altgeräte von Lehrkräften in klugen Leasingkonzepten immer wieder ersetzt, die digitale Infrastruktur von professionellen Digital-Administratoren gewartet werden und der Bund sich zielgerichtet weiter auf den Weg zu einer geschützten Bildungs-KI für Lehrkräfte und unsere Schülerinnen und Schüler machen kann,“ betont Lin-Klitzing.

Weiter sieht der DPhV die dringende Notwendigkeit, die Mittel gezielt für mehr Chancengerechtigkeit einzusetzen. Dazu gehören Förderprogramme sowohl für benachteiligte Kinder und Jugendliche als auch für neue Exzellenzförderprogramme durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) für leistungsorientierte, begabte Schülerinnen und Schüler. Lin-Klitzing: „Der DPhV appelliert eindringlich an die politischen Entscheidungsträger: Nutzen Sie die historische Chance dieses Sondervermögens, um für unsere Schülerinnen und Schüler und ihre Lehrkräfte die Bildungslandschaft in Deutschland nachhaltig an den richtigen Stellen zu stärken und zukunftsfähig zu gestalten!“

## ***Namen und Nachrichten***

Hamburg hat gewählt. Zum Ergebnis erklärte Thomas Treff, der Vorsitzende des **dbb hamburg**, am 4. März 2025: „Das Wahlergebnis in Hamburg hat zwei klare Handlungsoptionen für eine Regierung der politischen Mitte ermöglicht. Diese Optionen sollten jetzt zügig ausgetestet werden. In den dann folgenden Koalitionsverhandlungen müssen dann Weichenstellun-

gen erfolgen, um den hamburgischen öffentlichen Dienst zukunftsfähig aufzustellen. Denn das ist sowohl im Interesse der Beschäftigten, aber auch im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger und unserer Wirtschaft. Der dbb hamburg wird sich in diesen Prozess auch mit seinem Grundsatzpapier ‚Öffentlicher Dienst 2030‘ konstruktiv und lösungsorientiert einbringen.“

### **Termine:**

14. - 16. März 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 3. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de)

---